

# Pressemitteilung



## Einnahmeverluste entgegen aller Aussagen und Beteuerungen

**Seddin, 26.11.2021.** In den vergangenen zwei Tagen trafen sich Vertreterinnen und Vertreter des Landesbauernverbandes aus allen Regionen Brandenburgs zur traditionellen Klausurtagung in Seddin. Geladen waren unter anderem die Vorsitzenden der Kreisbauernverbände, deren Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Gäste aus den assoziierten Verbänden. Ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung war die Befassung mit der Zukunft des landwirtschaftlichen Berufsstandes und die damit verbundene Frage, wie eine innovative Verbandsarbeit flächendeckend und erfolgreich unter dem Motto „Vorsprung durch Wissen“ organisiert werden kann. Hier hat der Landesbauernverband mit seinen Strukturen ein Alleinstellungsmerkmal, dem sowohl Politik als auch Verwaltungen gerecht werden müssen.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen des Austauschs mit den Landesministerien für Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Hauptthema dabei war die Gestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2023 mit Blick auf Brandenburg. LBV-Präsident Henrik Wendorff versicherte die große Bereitschaft des Berufsstandes zu Veränderungen, mahnte jedoch Regelungen an, die den Landwirten ein auskömmliches Wirtschaften ermöglichen. „Bislang scheint sich allerdings eine Entwicklung abzuzeichnen, dass sowohl der Öko- als auch der konventionelle Landbau entgegen aller Aussagen und Beteuerungen zu den Verlierern der neuen GAP gehören könnten“, erklärte Wendorff.

Er belegte seine Einschätzung anhand von Rechenbeispielen auf der Grundlage von Brandenburger Landwirtschaftsbetrieben. Wendorff forderte in diesem Zusammenhang mehr Auswahlmöglichkeiten bei den Programmen innerhalb Natur- Umwelt- und Klimaschutzes sowie deren auskömmliche Finanzierung. Jetzt sei hier das Land Brandenburg gefragt auch auf Ebene des Bundesrates gute Rahmenbedingungen zu verhandeln. LBV-Vorstandsmitglied Caroline Kiesow stellte heraus, dass der Verlust von Einkommensmöglichkeiten unweigerlich zum Abbau von Arbeitskräften und zur weiteren Schwächung der ländlichen Räume führen würde.